

Der Aktionsplan zur Abschaffung von Kinderarbeit könnte als gedrucktes Werk erscheinen. Die existierende Gesetzgebung zur Kinderarbeit ist zweifellos fortschrittlich, worauf ebenfalls durch Publikationen hingewiesen werden könnte. Weiterhin sollte die Öffentlichkeitsarbeit zu den Zielen der Regierung zusammen mit der Durchsetzung dieser Ziele erfolgen. Bei der Durchsetzung der Ziele und den Rehabilitationsmaßnahmen muß dabei mit aller Dringlichkeit vorgegangen werden. Die Geldmenge, die von der Regierung für die Abschaffung der Kinderarbeit vorgesehen ist, ist beeindruckend und sollte bei der Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt werden. Aspekte wie die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Landfrauen und schwächere Schichten der Gesellschaft sollten ebenfalls hervorgehoben werden.

Die Veröffentlichungen zum Thema sollten gut sortiert und leserfreundlich sein, die Informationen in Hinblick auf ein ausländisches Publikum entsprechend sinnvoll aufbereitet und mit ansprechender und repräsentativer Graphik versehen sein. Gleichzeitig könnten wir Bücher über verschiedene Aspekte des Ak-

tionsplans wie Anpassung, Durchsetzung, Umsetzung und Rehabilitation veröffentlichen. Es gibt keinen Ersatz für Berichte aus erster Hand über die Bemühungen der Regierung und der Industrie, die Kinderarbeit abzuschaffen.

Zwei Teppich-Labels bezeichnen kinderarbeitsfreie Teppiche: das Kaleen- und das Rugmark-Label. Das Rugmark-Label wird im Westen als das glaubwürdigere Label betrachtet, da es von den Aktivisten gegen die Kinderarbeit und vertrauenswürdigen europäischen Organisationen unterstützt wird. Aber auch das Kaleen-Label unterstützt, wenn auch in anderem Maße, den Kampf gegen die Kinderarbeit in der indischen Teppichindustrie. Ein Teil der Einnahmen des Kaleen-Labels fließt direkt in Maßnahmen zur Rehabilitation. Die Möglichkeit eines Teppichkäufers direkt auf die Abschaffung des Problems einzuwirken, kann der Teppichindustrie verlorenes Ansehen zurückgeben. Die Verleihung der entsprechenden Labels kann jedoch nicht ohne die Einbeziehung der NGOs erfolgen.

Kinderarbeit gehört zu den Übeln der Unterentwicklung innerhalb eines Marktsystems. Der Konflikt findet zwi-

schen den Marktinteressen und den Rechten der Kinder als Teil der Menschenrechte statt. Kinderarbeit ist in weiten Bereichen der Gesellschaft üblich, gleichzeitig jedoch unduldbar. Sie ist der logische Ausdruck eines Marktes in einer armen Gesellschaft auf der einen Seite und den Moralvorstellungen auf der anderen Seite. So wie die Beschäftigungsmöglichkeiten mit der Entwicklung steigen und den armen Familien die Bildung ihrer Kinder statt der Verdingung in den Fabriken zum frühest möglichen Zeitpunkt ermöglichen, werden die Umstände unter denen Kinderarbeit gedeihen kann verschwinden. Inzwischen muß die Teppichindustrie jedoch das armselige Bild von sich verbessern. Das kann nur durch die demonstrative Umsetzung des Aktionsplans gelingen. Die Bewußtseinskampagne kann dabei der Ausgangspunkt unserer Medieninitiative in bezug auf die Abschaffung der Kinderarbeit sein.

(Der Autor ist Director, Ministry of External Affairs, Delhi. Bei dem Text handelt es sich um den redaktionell gekürzten Vortrag anläßlich der Konferenz zur Lage der indischen Teppichindustrie, die im September in Delhi stattfand; Übersetzung: Christel Opeker).

Interview:

Primarbildung und "empowerment" für Frauen sind die Lösung

Ein Gespräch mit Ravi Nair, Direktor des 'South Asian Human Rights Documentation Centre', Delhi.

Was halten Sie denn von den derzeit im indischen Fernsehen laufenden Fernsehspots des Arbeitsministeriums, die Kinderarbeit anprangern? Offizielle Stellen scheinen ja aktiv zu werden, um das Problem zu bekämpfen.

Jede Anstrengung der indischen Regierung, die elektronischen Medien oder Zeitungsanzeigen zu nutzen, um Kinderarbeit zu bekämpfen, muß begrüßt werden. Solche Maßnahmen sensibilisieren sicherlich die Bevölkerung für das Problem. Andererseits glaube ich jedoch, daß die Regierung noch sehr viel tun muß, um die eigene Verwaltungsmaschinerie, also Behörden, Beamte, Polizei und andere von der Notwendigkeit zu überzeugen, gegen diejenigen vorzugehen, die Kinder beschäftigen. Ich gebe ein Beispiel dafür: Vor der Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien hatten wir ein Gespräch mit dem damaligen indischen Außenminister J.N. Dixit, um ihm im Vorfeld der Tagung mitzuteilen, daß wir in Wien auch das Problem der Kinderarbeit ansprechen würden. Er sagte daraufhin, Kinderarbeit könne nicht beendet werden, so lange es keinen technologischen Ersatz für die 'zarten Finger und Hände' von Kindern gebe. Solche Aussagen sind symptomatisch für die Denkweise von Bürokraten und Politikern auf höchster Ebene.

Meiner Ansicht nach müssen vor allem in drei Bereichen Veränderungen initiiert werden, ansonsten bleiben alle Anstrengungen nur

Augenwischerei. In der indischen Verfassung, die 1950 erlassen wurde, kommt klar zum Ausdruck, daß innerhalb von zehn Jahren die Schulpflicht einzuführen und allen Kindern eine kostenlose Primarschulbildung anzubieten sei. Diese Vorgaben hätten eigentlich schon 1960 realisiert werden müssen. Jetzt haben wir 1995 und es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich in dieser Richtung in absehbarer Zeit etwas bewegen könnte. Wenn also in diesem Bereich nichts getan wird, dann sind andere Maßnahmen reine Kosmetik, nichts wird sich ändern.

Der zweite Bereich betrifft die Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Da befürchte ich, daß die NGOs mehr und mehr in den Bereichen einspringen, die eigentlich Regierungsaufgaben sind. Da müssen die NGOs in sich gehen. Es ist der Staat, der für die Primärerziehung zuständig ist, um dadurch auch die Kinderarbeit zu bekämpfen. Die NGOs können dem Staat allenfalls dabei behilflich sein, sie können nicht die Rolle des Staates übernehmen. Sie dürfen dem Staat keinen Grund für Ausflüchte geben: auf der Makroebene ist der Staat gefragt und nicht die NGOs. In diesem Zusammenhang werden nicht nur Schulen benötigt, es muß auch sichergestellt werden, daß Lehrerinnen und Lehrer in ausreichender Zahl beschäftigt und angemessen bezahlt werden und es muß vor allem überlegt werden, wie die Zielgruppen der Landlosen, der Niedrigkastigen

etc. möglicherweise mit entsprechenden Anreizen dazu gebracht werden können, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Hier muß der Staat viel aktiver werden. Der ganze Enthusiasmus, das Problem anzugehen, muß in Aktionen umgesetzt werden. Und hier hapert es sehr.

Der dritte Punkt ist sehr wichtig: der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt in der Aufwertung der Rolle und des Status' von Frauen und Mädchen. In Nordindien, im sogenannten Hindi-Belt, ist die Alphabetisierungsrate nach wie vor minimal. Ein wichtiger Grund für die soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit dieser Region ist die extrem schlechte Lage von Frauen. Frauen werden dort vorwiegend als Dienerinnen betrachtet, sie haben wenig Mitspracherecht und nur einen geringen Status und haben so auch kaum Einfluß darauf, daß ihre Kinder in die Schule gehen. In dieser Region hat es keine sozialen Reformen gegeben, wie wir sie aus Teilen Süd- und Westindiens kennen, wo - z.B. in Kerala oder Karnataka - die Lage der Frau wesentlich besser ist als die im Norden. In Kerala korreliert die Statusaufwertung der Frau mit einer allgemeinen sozialen Emanzipation und wirtschaftlichem Aufstieg sowie einer hohen Alphabetisierungsrate. Die Regierung - und damit sind auch die Regierungen der Bundesstaaten gemeint - muß unterstützend eingreifen und dazu beitragen, daß es zu ähnlichen Entwicklungen auch in anderen Teilen Indiens kommt. Wo der Staat dies getan hat, sind Verbesserungen erkennbar. Wo dies unterblieben ist, wie in Bihar, Uttar Pradesh oder Rajasthan, bleibt alles beim alten. In diesen Staaten sind dann auch immer noch soziale Praktiken bekannt, die zu verurteilen sind wie Infantizid (die Tötung von neugeborenen Mädchen, W.K.), Mitgiftmorde oder Sati, das Verbrennen von Witwen.



Der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt in der Aufwertung des Status von Frauen und Mädchen

Was ist denn mit den vielen ausländischen Geldern, die in den Sozialbereich Indiens fließen?. Zum Beispiel Geld, das aus Deutschland über das IPEC Programm ('International Programme for the Elimination of Child Labour', W.K.) der ILO zur Verfügung gestellt wird?

Diese ganzen Gelder können bestenfalls für 'Ausstellungsstücke' genutzt werden. Sie verändern aber die Situation nicht strukturell. Für strukturelle Veränderungen sind hingegen riesige Summen notwendig, die Auslandsgelder sind da allenfalls symbolische Gesten. Mit diesem Geld kann man vielleicht in dem einen oder anderen Distrikt einige gute Programme initiieren, aber was ist mit den anderen 463, die es in Indien gibt. Hier ist der Staat gefragt, der das Geld zur Verfügung stellen muß, er darf sich nicht aus der Verantwortung gegenüber seinen Bürgern stellen. Indien hat genügend eigenes Geld. Aber wofür wird es ausgegeben? Damit werden Rüstungsgüter gekauft wie Flugzeugträger, die wir nicht brauchen, es wird für nukleare Technologie ausgegeben. Dieses Geld muß z.B. für Schulen in ländlichen Gebieten von Bihar, Uttar Pradesh und Rajasthan eingesetzt werden. Mit dem Geld muß dafür gesorgt werden, daß Lehrerinnen und Lehrer bezahlt werden und Kinder verbilligte Schulbücher und Schulmahlzeiten erhalten. In Bihar ist

es derzeit so, daß das Lehrpersonal seit zwei Jahren keine Gehälter mehr bezogen hat. Seit sechs Monaten befinden sie sich im Streik. Wie kann ein Schulsystem in einer solchen Situation arbeiten? Wenn man sich die Haushalte auf Unions- oder auf Bundesebene anschaut, sieht man, daß die Zuweisungen viel zu niedrig sind. In den Parlamenten wird über den Etat für Bildung nicht diskutiert. Der ist nicht bedeutend genug. Es gibt niemanden, der diese Zustände kritisiert. Diskutiert wird über den Verteidigungsetat sowie über das Geld, das die Eisenbahnbehörde benötigt.

(Das Gespräch führte Walter Kelier)